

Die europäischen „Tatkräftigen“ und Kiew haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, den verlorenen Krieg in der Ukraine auf diplomatischem Wege zu gewinnen oder zumindest ein Unentschieden herauszuholen. Nach der erfolgreichen Operation in Venezuela, die die Position der „Falken“ in Trumps Umfeld gestärkt hat, sehen sie nun eine neue Chance. Wie wollen Kiew und die Europäer Trump „umprogrammieren“? Ein Beitrag von **Gábor Stier**, aus dem Ungarischen übersetzt von **Éva Péli**.

Der Erfolg der Venezuela-Aktion, die Entführung von Nicolás Maduro, hat das Selbstvertrauen von Donald Trump und seinem Umfeld gestärkt. Innerhalb dieses Kreises hat die Position der „Falken“ sichtlich an Gewicht gewonnen – jener Kräfte, die in den Verhandlungen mit Russland stets gegen die von Steve Witkoff vertretene Linie opponierten, dem sie ein zu großes Verständnis für die Forderungen Moskaus vorwarfen.

Es erscheint daher logisch, dass Kiew in dieser Situation versucht, den Moment zu nutzen, um Trump von Witkoffs Programm – einer Beendigung des Krieges um jeden Preis – auf die härtere Linie von Außenminister Marco Rubio und CIA-Direktor John Ratcliffe umzuschwenken.

Die europäischen „Tatkräftigen“ stützen Kiew in diesem Bestreben; ein neues Selbstbewusstsein, das auch die Pariser Gespräche am Dienstag dominierte. Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk kündigte bereits vor dem Treffen Dokumente an, die der Ukraine Sicherheit nach Kriegsende garantieren sollen. Laut westlichen Leitmedienberichten könnten diese Abkommen – allen Warnungen aus Moskau zum Trotz – sogar die Stationierung von US- und anderen NATO-Truppen in der Ukraine festschreiben.

Kiew und die Europäer bestanden von Anfang an darauf, jene Klausel aus dem US-Regelungsplan zu streichen, die auf dem Rahmenabkommen von Alaska zwischen Trump und Russlands Präsident Wladimir Putin basierte und die Stationierung von NATO-Truppen in der Ukraine ausschloss.

Paris und der Traum von der „robusten Verteidigung“

Schon gegen Ende 2025 verdichteten sich die Hinweise auf ein Einlenken Trumps: Er sollte der Stationierung europäischer Verbände nicht nur zugestimmt, sondern ihnen sogar den Schutz durch die US-Luftwaffe und Geheimdienste zugesagt haben. Offiziell bestätigt wurde dies jedoch nicht. Wie sehr der Appetit Kiews und der Europäer gewachsen ist, zeigten Leaks während des Treffens in Paris: Demnach könnten nach Kriegsende auch US-Truppen in der Ukraine stationiert werden, die im Rahmen einer Waffenruhe-Überwachung nicht-kampfbefugte Aufgaben übernehmen würden.

Wir landen also erneut beim Status quo: Während Washington sein Engagement strikt auf Logistik und die Drohnen-Überwachung des Waffenstillstands begrenzt, schrauben Brüssel und Kiew ihre Erwartungen immer weiter nach oben und werden ihre Aussichten auf eine solche „robuste Verteidigung“ immer optimistischer.

Die nach dem Treffen veröffentlichte Erklärung stellt Kiew internationale Friedenstruppen in Aussicht, sobald die Waffen schweigen. Das Dokument weist den USA dabei eine Schlüsselrolle zu: Washington soll nicht nur den gesamten Überwachungsmechanismus anführen, sondern den europäischen Verbündeten auch den Rücken stärken, falls Russland erneut angreifen sollte. Parallel dazu treiben die „Tatkräftigen“ die Militärkooperation voran: Sie wollen multinationale Truppen stationieren und die ukrainische Armee massiv aufrüsten. Eine Sonderkommission soll künftig über Reaktionen bei Waffenruhe-Verstößen entscheiden – doch die alles entscheidende Frage bleibt unbeantwortet: Was passiert konkret bei einer neuen russischen Offensive?

Ein europäischer Diplomat bemerkte dazu:

„Im Grunde diskutieren wir immer noch darüber, ob wir das Feuer erwidern oder uns zurückziehen.“

Auch die Stärke der zu stationierenden Truppen ist nicht geklärt. Derzeit zeichnet sich ein Kontingent von 15.000 bis 20.000 Mann ab, dessen Großteil von Frankreich und Großbritannien gestellt würde, während die Türkei für die Sicherheit der Schifffahrt im Schwarzen Meer verantwortlich wäre. Deutschland, Polen und Italien würden definitiv keine Soldaten in die Ukraine schicken, sich jedoch von außerhalb an der Logistik beteiligen. Geleakt wurde zudem, dass die Truppen höchstwahrscheinlich in der Westukraine stationiert würden, um ukrainische Soldaten zu unterstützen und auszubilden.

Wie gewohnt äußerte sich auch Oleksij Arestowytsch mit einer interessanten Meinung zu diesem Thema. Laut dem ehemaligen Präsidentenberater planen die westlichen Länder die Entsendung von Friedenstruppen nicht zur Abschreckung Russlands, sondern um einen möglichen Bürgerkrieg in der Ukraine zu verhindern. Die Aufgabe der ausländischen Kontingente bestünde primär darin, die Sicherheit von Wahlen zu garantieren und Verstöße gegen den Waffenstillstand zu beobachten.

Die Falle der Falken: Eskalation als Friedensplan?

Doch bei aller Euphorie über diese selbstbewussten und optimistischen Pläne dürfen wir

keinen Moment vergessen: Russland muss einem Friedensplan mit Sicherheitsgarantien erst noch zustimmen – oder ihn ablehnen. Und Moskau sperrt sich gegen jede Präsenz von NATO-Truppen in der Ukraine. Das gilt ebenso für Trump, der zuvor klarstellte, dass es keine US-Soldaten in der Ukraine geben wird. Die ursprüngliche Fassung seines Friedensplans untersagte die Stationierung ausländischer Truppen auf ukrainischem Territorium sogar ausdrücklich. Bisher hat Washington nicht offiziell bestätigt, diese Position geräumt zu haben.

Kiew, die Europäer und die republikanischen „Falken“ werden jedoch Druck auf Trump ausüben, damit er diesen Plan unterzeichnet.

Sollte Trump die Sicherheitsgarantien absegnen und ausländische Truppen erlauben, wird der Westen Moskau dies als geschlossene Position präsentieren. Doch Russland dürfte voraussichtlich ablehnen. Das wäre der Moment für Kiew, die Europäer und die ‚Falken‘, den nächsten Schritt zu wagen: Sie würden Russland vorwerfen, Trumps Friedensplan gezielt zu torpedieren. So könnten sie den US-Präsidenten drängen, Putin härter anzupacken – etwa, indem er Sanktionen ausweitet, Tomahawk-Raketen liefert oder die Ukraine massiv aufrüstet. Die Pläne reichen sogar so weit, die russische Schattenflotte zu beschlagnahmen oder gar zu versuchen, Putin zu entführen oder zu eliminieren.

Zwar gab es solche Forderungen schon früher, doch Joe Biden – und erst recht Trump – ließen sie meist abtropfen. In Kiew deutete man diese Zurückhaltung oft als Feigheit, Schwäche oder schlicht als „Arroganz“. Dabei handelt Washington aus US-Sicht durchaus rational: Man will sich aus Konflikten heraushalten und scheut den direkten Zusammenstoß mit Russland. Trump begründete seinen Drang zum schnellen Frieden stets damit, dass er den dritten Weltkrieg verhindern wolle.

Doch Kiew schöpft nun neue Hoffnung. Seit der erfolgreichen Entführung Maduros könnten Trump und die Amerikaner wieder dieses Gefühl der Allmacht verspüren. Das könnte sie ermutigen, nun auch gegenüber Russland jene Grenzen zu überspringen, die sie bisher strikt respektiert haben.

Nach dem Coup in Venezuela könnte Washington nun tatsächlich die Zügel gegenüber Russland anziehen. Weicht Trump von der Linie ab, die er mit Putin in Anchorage vereinbart hat, treibt dies das Risiko einer Eskalation nach oben und erschwert die Friedensgespräche massiv. In Trumps innerem Zirkel dürften jedoch viele versuchen, ihn von solchen riskanten Schritten abzubringen. Ohnehin garantiert auch ein härterer Kurs gegen Russland kein schnelles Kriegsende, da solche Maßnahmen – selbst, wenn sie kommen – die Lage in Russland nicht sofort erschüttern würden. Ein rascher Erfolg käme Trump zwar gelegen,

doch der Krieg könnte sich durchaus bis zu den Kongresswahlen im November hinziehen. In welche Richtung das Pendel letztlich ausschlägt, hängt nun maßgeblich davon ab, wie Trump sich bei den Sicherheitsgarantien entscheidet.

Titelbild: Joey Sussman/shutterstock.com

Der Beitrag ist auf Ungarisch [auf Moszkvater erschienen](#).

